



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

15. September 2010

Internet-Tipp:

Bundestag goes web 2.0

Der Deutsche Bundestag hat ein mobiles Internetangebot für Handys und Smartphones gestartet. Unter www.bundestag.de/mobil können jederzeit aktuelle Nachrichten aus dem Parlament abgerufen und Debatten live verfolgt werden. Man kann sich schnell über Abgeordnete oder z.B. die Öffnungszeiten der Reichstagskuppel informieren.

Als eines der ersten europäischen Parlamente stellt der Bundestag außerdem für das iPhone eine kostenlose App „Deutscher Bundestag“ bereit, mit der mobile Inhalte noch komfortabler abrufbar sind.

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

gestern ist mit dem Beginn der Haushaltswoche im Parlament die Sommerpause in Berlin zu Ende gegangen. Meine erste Sommerpause als „nur-Abgeordnete“, die ich auch für viele Termine im Wahlkreis genutzt habe. Trotz des schlechten Wetters hat mir die Wanderwoche dieses Jahr sehr gut gefallen! Die Idee, bei jeder Wanderung etwas Besonderes zu besichtigen, kam gut an - wir wollen sie beibehalten.

Für mich war diesen Sommer die Nierenspende meines Freundes Frank-Walter Steinmeier ein wichtiges Ereignis. Frank und seiner Frau geht es gut, sie sind seit gestern in einer Reha. Das Thema „Organspende“ hat durch diese Entscheidung wieder einmal öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Etwa 8.000 Menschen sind in Deutschland im Jahr dialysepflichtig, Nierentransplantationen werden nur etwa 3.000 Mal durchgeführt. In Deutschland fehlen also Spenderorgane. Unter www.organspende.de kann man sich informieren und einen Spenderausweis bekommen. Überlegen Sie doch mal, ob nicht auch für Sie eine Organspende in Betracht kommt!

Herzliche Grüße von

Euer / Ihre Brigitte Zypries



Hinkommen - Mitmachen!

Demo gegen Atomkraft am 18.9.

Ein großes Bündnis aus Umweltverbänden, Gewerkschaften und Parteien hat für den 18. September zu einer großen Demo in Berlin gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten aufgerufen. Die Pläne der Bundesregierung mobilisieren wieder zehntausende Menschen, es wird ein heißer Herbst! Wir wollen Widerstand leisten gegen die unverantwortliche Politik von Schwarz-Gelb.

Auftakt der Demo ist um 12.15 Uhr auf der Wiese vor dem Reichstag, los geht es um 13.00 Uhr. Mehr Informationen zu Ablauf, Anreise und den Aufruf gibt es unter www.anti-atom-demo.de.

Fauler Kompromiss zu Lasten unserer Sicherheit - Der heiße Herbst kommt!

Die Kanzlerin hat den Atom-Kompromiss als „Revolution“ gefeiert, der Vizekanzler sprach von einer Entscheidung mit „epochaler Bedeutung“. **Ich habe den Eindruck: Je gewaltiger die Wortwahl für den Kompromiss, umso mehr wird davon abgelenkt, wie faul der Kompromiss der Regierung mit der Atom-Wirtschaft ist.** Nicht nur, dass die letzten Atomkraftwerke wahrscheinlich erst 2040 vom Netz gehen statt 2022, wie im noch gültigen rot-grünen Ausstiegsgesetz festgeschrieben ist. Mit dem „Geheim-Vertrag“ zwischen der Bundesregierung und der Atomwirtschaft können die Energiekonzerne Milliarden verdienen, die Bürgerinnen und Bürger müssen aber weiter um ihre Sicherheit fürchten. Alte Meiler werden keineswegs sicherer und durch die Deckelung der Investitionen in die Sicherheit muss letztlich der Steuerzahler für die notwendigen Verbesserungen aufkommen. **Es ist offensichtlich: Der schwarz-gelbe Atomvertrag ist keine energiepolitische Vereinbarung, sondern ein Kaufvertrag mit einseitiger Absicherung der Atomlobby.**

Die Koalition plant mit dem neuen Atomgesetz außerdem, Enteignungen für die Endlagersuche wieder zu ermöglichen. Um den Bau des geplanten Atomendlagers in Gorleben voranzutreiben, will die Regierung den Behörden auf diese Weise zusätzlichen Handlungsspielraum verschaffen - unter Rot-Grün hatten wir solche Enteignungen aus guten Gründen abgeschafft.

Der Deal der Regierung mit der Energiewirtschaft ist auch deshalb skandalös, weil der Deutsche Bundestag als gesetzgebendes Organ völlig außer Acht gelassen wurde. Und zu guter Letzt will die Bundesregierung die geplante Laufzeitverlängerung ohne die notwendige Zustimmung der Länderkammer durchsetzen, da Union und FDP im Bundesrat keine Mehrheit mehr haben. Sigmar Gabriel hat deshalb bereits angekündigt: **Die SPD wird dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen** - ebenso wie die SPD-regierten Bundesländer.

Der Deal mit der Energiewirtschaft wird bereits massiv in der Öffentlichkeit kritisiert - gestern auch vom Fachbereichsleiter des Darmstädter Ökoinstituts, Michael Sailer: „Der Beschluss zur Laufzeit-Verlängerung ist das falsche Marktsignal für den Umbau in erneuerbare Energien.“ - dem kann ich mich nur anschließen!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel](#)/Sven Bentrup (S. 2+3)

Integration ist eine soziale Frage - Wir brauchen Bildung, Bildung, Bildung

Klaus Wowereit hat es in der vergangenen Woche auf den Punkt gebracht: „Integration ist eine zutiefst soziale Frage, die eng mit Aufstieg und Aufstiegswillen und damit mit Bildung und Qualifizierung zusammenhängt“.

Wenn wir Integration neu denken wollen, müssen wir davon wegkommen, dass wir hauptsächlich über ethnische Herkunft und religiöse Weltanschauung sprechen. Und wenn wir in der Integrationspolitik (mehr) Erfolg haben wollen, müssen wir uns vor allem die Möglichkeiten für den sozialen Aufstieg fördern. Und das bedeutet **Bildung, Bildung, Bildung** - und zwar von klein auf und lebenslang!

Integration ist eine dauerhafte Aufgabe und sie braucht klare Regeln und Grenzen. Sie lässt sich weder mit Ignoranz oder Diffamierung noch mit einem romantischen „Alles ist gut“-Ansatz bewältigen. Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder intensiv mit integrationspolitischen Fragen beschäftigt, sei es auf Bundes-, Landes- oder auf der kommunalen Ebene. **Viele Defizite sind abgeräumt worden, einiges ist gelungen, anderes nicht.** In diesem Punkt hat Thilo Sarazzin Recht: Es liegt noch vieles im Argen, das wir gemeinsam verbessern müssen. Sein Beitrag mit dem Buch allerdings ist genau der falsche Weg, um die Debatte konstruktiv zu führen. Vielmehr verstärkt es ein Klima in unserem Land, das einen offenen, kritischen Dialog über bestehende Probleme und Lösungen verhindert. Denn so wichtig eine kritische Bestandsaufnahme der Integration in Deutschland aber auch ist: Sie muss in der Sache richtig und im Ton sachlich sein. Pauschalisierungen und Polemisierungen führen nicht weiter. Sie spalten und grenzen aus.

Vor 10 Jahren hat der damalige Bundespräsident Johannes Rau in seiner denkwürdigen Berliner Rede eine grundsätzliche Diskussion über das Zusammenleben in Deutschland angemahnt: „Wir dürfen das Zusammenleben in unserem Land nicht dem Zufall überlassen - **wir müssen sehr genau überlegen, welche Anforderungen wir an diejenigen stellen, die zu uns kommen. Darüber muss besonnen und klug diskutiert werden.**“ Ich hoffe, diesen Rat von Johannes Rau nehmen sich alle Beteiligten zu Herzen, damit wir in Fragen der Integrationspolitik weiter vorankommen.